



PRESSEDIENST

Niederkirchnerstraße 5
D-10111 Berlin
Fon (030) 23 25 24 50/51
Fax (030) 23 25 24 09

pressestelle@gruene-fraktion-berlin.de
www.gruene-fraktion-berlin.de

Datum

09.02.2010

Nummer

53/10

Thema: Verkehr/S-Bahn

Redaktion

-msh-

Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin, und **Michael Jungclaus**, verkehrspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag, sagen zur Zukunft der S-Bahn Berlin:

Berlin und Brandenburg brauchen gemeinsame S-Bahn-Strategie

Es ist ein Stück aus dem Tollhaus: Während die Berliner Verkehrssenatorin morgens verkündet, sie könne sich eine Perspektive der S-Bahn unter Leitung der BVG vorstellen, forderte die Brandenburger Landesregierung abends eine Ausschreibung. Es ist unverständlich, weshalb zwei rot-rote Landesregierungen nicht miteinander reden und so gegensätzliche Ziele verfolgen. So ignorierte Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck die Forderung von Bündnis 90/Die Grünen nach einem gemeinsamen Gespräch zwischen den Landesregierungen Berlins und Brandenburgs mit der Bahn AG und zog es stattdessen vor, sich alleine mit Bahnchef Grube zu treffen.

Zur Erinnerung: Der Löwenanteil des S-Bahnnetzes liegt zwar in Berlin, aber die S-Bahn fährt auch ins Brandenburger Umland, unter anderem in die Landeshauptstadt Potsdam. Die Entscheidung über die Zukunft der S-Bahn trifft demnach nicht die der Berliner Senat allein.

An diesem Wochenende ging ein weiteres Betreibermodell für die S-Bahn durch die Presse. Eine Holding mit der Deutschen Bahn. Die Berliner Wasserbetriebe und die Landesbank sind ebenfalls Holdings. Abgesehen davon, dass bei diesem Modell als erstes auf den Tisch gehört, wie angesichts der Profitgier der Deutschen Bahn vergleichbare Fehlentwicklungen wie bei den Wasserbetrieben vermieden werden sollen, wäre auch vor Veröffentlichung dieses Modells eine Rückkopplung mit Brandenburg erforderlich gewesen.

Laut EU-Recht ist Berlin überhaupt nicht berechtigt, den Betrieb des länderüberschreitenden Verkehrsmittels Berliner S-Bahn per Direktvergabe zu vergeben. Bis heute verfügt der Senat weder über eine Strategie noch die erforderlichen Basiskenntnisse, wie die Berliner S-Bahn künftig betrieben werden.

Statt mit immer neuen unausgegorenen Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu gehen muss sich der Senat endlich mit der Brandenburger Landesregierung abstimmen. Gerade bei der S-Bahnpolitik gilt der Grundsatz: Erst denken, dann reden!